

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

In einer "Information" fasste die Staatssicherheit die wichtigsten Ergebnisse ihrer Untersuchung über oppositionelle Gruppen in der DDR zusammen. Das Papier diente vor allem als Grundlage, um die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen zu informieren.

Um sich einen konkreten Überblick zum Ausmaß politischer Opposition in der DDR zu verschaffen, hatte die Führung des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereits Ende des Jahres 1988 ihre Bezirksverwaltungen angewiesen, über "politische Untergrundtätigkeit" im Verantwortungsbereich zu berichten. Im Mai 1989 lagen die Ergebnisse vor. Sie wurden zu einem Konvolut mit dem Titel "Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen" zusammengefasst. Die wichtigsten Ergebnisse wurden in einer "Information" zusammengefasst.

Die Bürgerrechtsgruppen, die in dem Dokument als "personelle Zusammenschlüsse" bezeichnet werden, werden als Gruppierungen von Personen charakterisiert, "die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen". Sie seien "fast ausschließlich in Strukturen der evangelischen Kirchen in der DDR" aktiv. "Inspiriert" würden sie jedoch durch DDR-Korrespondenten westlicher Medien und durch Diplomaten, die selbst im Dienste "ausländischer Diversionszentralen" stehen.

Zutreffender als diese Einschätzung sind wahrscheinlich die empirischen Daten im vorliegenden Dokument. So existierten zum Zeitpunkt des Berichtes etwa 160 Bürgerrechtsgruppen, von denen 150 im kirchlichen Rahmen agierten. Aus Sicht des MfS besonders wichtig waren Gruppierungen "mit spezifisch koordinierenden Funktionen und Aufgabenstellungen" wie der "Arbeitskreis Solidarische Kirche", der besonders in Thüringen aktiv war, die "Kirche von Unten" (die den Anstoß zur Kontrolle der Kommunalwahlen gegeben hatte) und die "Initiative Frieden und Menschenrechte".

Das "Gesamtpotential" dieser Gruppen schätzt die Geheimpolizei im Bericht auf etwa 2.500 Personen, wobei dazu alle, die regelmäßig an einschlägigen Veranstaltungen oder Aktionen teilnehmen, gezählt wurden. Etwa 600 Personen wurden den "Führungscremien" zugerechnet, 60 bildeten den "harten Kern".

Das Papier wurde an die verschiedenen Diensteinheiten des MfS, vor allem an die Bezirksverwaltungen geschickt, verbunden mit der Anweisung, auf dieser Basis die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen zu informieren.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, Bl. 1-18

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Datum: 23.5.1989
Überlieferungsform: Dokument

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

103600

BStU
000001

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den

Nr. 150 / 89

18 Blatt
26 " Anlage
..... Exemplar

INFORMATION
über

beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen

Eine der Hauptstoßrichtungen im subversiven Vorgehen des Gegners gegen den Sozialismus bilden Versuche der Schaffung und Legalisierung einer sogenannten inneren Opposition und der Inspirierung/Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in den sozialistischen Staaten als "innere Druckpotentiale" zur Aufweichung, Zersetzung, politischen Destabilisierung und letztlich Beseitigung des Sozialismus.

In Durchsetzung des von imperialistischen Kreisen der USA beschlossenen antisozialistischen "Programmes für Demokratie" wirken führende politische Kräfte der NATO-Staaten darauf hin, unter der Flagge einer "Demokratisierung, Liberalisierung und eines Eintretens für politischen Pluralismus westlicher Prägung in kommunistischen Ländern" in diesen Staaten Oppositionsparteien und -bewegungen zu entwickeln und zu fördern und dabei auch eine Legalisierung bereits bestehender sogenannter unabhängiger Gruppen aktiv zu unterstützen. Dieses Vorgehen widerspiegelt sich sowohl in der Staatspolitik der imperialistischen Hauptmächte als auch in den vielfältigen subversiven Aktivitäten feindlicher Zentren und Organisationen sowie weiteren, gegen die sozialistischen Staaten wirkenden

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8932, Bl. 1-18

Blatt 1

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BSI:U
000002

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

sozialismusfeindlichen Kräften. (Diese Aktivitäten sind zunehmend darauf ausgerichtet, unter Mißbrauch des KSZE-Prozesses und unter Berufung auf bestimmte Entwicklungen in einigen sozialistischen Staaten, in der DDR feindliche, oppositionelle Kräfte und personelle Zusammenschlüsse politisch, materiell und moralisch zu unterstützen sowie zu gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Handlungen zu inspirieren und zu aktivieren.)

Es ist einzuschätzen, daß die politischen, ideologischen und subversiven gegnerischen Einwirkungen sowie die von der aktuellen Lageentwicklung in einigen sozialistischen Ländern ausgehenden Einflüsse unter Teilen der Bevölkerung der DDR gewisse Wirkungen erzielen. Sie zeigen sich insbesondere im Vorhandensein (überschaubarer und unter staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle stehender) personeller Zusammenschlüsse, entsprechender Gruppierungen und Gruppen, die in Übereinstimmung bzw. im Zusammenwirken mit reaktionären kirchlichen Personen und gemeinsam mit äußeren Feinden im Sinne dieser gegnerischen Strategie wirksam zu werden versuchen.

Seit Beginn der 80er Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen solcher Personen, die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen, führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen und Gruppen. Diese sind fast ausschließlich in Strukturen der evangelischen Kirchen in der DDR eingebunden bzw. können für ihre Aktivitäten die materiellen und technischen Möglichkeiten dieser Kirchen umfassend nutzen. In der DDR akkreditierte Korrespondenten und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen (darunter als Diplomaten abgedeckte Geheimdienstmitarbeiter) aus nichtsozialistischen Staaten, insbesondere aus der BRD, den USA und aus Großbritannien, nehmen in diesem Prozeß einen maßgeblichen Stellenwert ein. Sie inspirieren feindliche, oppositionelle Kräfte und personelle Zusammenschlüsse zu antisozialistischen Aktivitäten, gewähren ihnen fortlaufend Unterstützung und popularisieren diesbezügliche Handlungen mit dem Ziel, solche Personen und Zusammenschlüsse unter den Schutz der internationalen Öffentlichkeit zu stellen. (Besonders aktiv treten in diesem Sinne in Erscheinung die Korrespondenten BÖRNER, HEBER und HAUPTMANN - ARD, BRÜSSAU, SCHMITZ - ZDF, SCHWARZ - "Der Spiegel" und RÖDER - epd sowie SCHWELZ - AP und NESIRKY - Reuters.)

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000003

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Gegenwärtig bestehen in der DDR ca. 160 derartige Zusammenschlüsse. Unter diesen befindet sich eine größere Anzahl, von der kontinuierlich bzw. anlaßbezogen feindlich-negative bzw. anderweitige, gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Handlungen ausgehen. Sie gliedern sich in knapp 150 sogen. kirchliche Basisgruppen, die sich selbst, ausgehend von dem demagogisch vorgegebenen "Ziel" und "Inhalt" ihrer Tätigkeit bzw. ihrer personellen Zusammensetzung, bezeichnen als "Friedenskreise" (35), "Ökologiegruppen" (39), gemischte "Friedens- und Umweltgruppen" (23), "Frauengruppen" (7), "Ärztekreise" (3), "Menschenrechtsgruppen" (10) bzw. 2/3-Welt-Gruppen" (3) und sogen. Regionalgruppen von Wehrdienstverweigerern. (Vgl. dazu präzisierende Angaben im Punkt 1 der Anlage zu dieser Information.)

Darüber hinaus existieren über 10 personelle Zusammenschlüsse mit spezifisch koordinierenden Funktionen und Aufgabenstellungen wie der "Fortsetzungsausschuß - Konkret für den Frieden", der "Arbeitskreis Solidarische Kirche" (in 12 Regionalgruppen), die "Kirche von Unten" (in 4 Regionalgruppen), das "Grün-Ökologische Netzwerk Arche", die "Initiative Frieden und Menschenrechte" und der "Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer". (Vgl. Punkt 2 der genannten Anlage.)

Über die Hälfte aller derartigen Zusammenschlüsse wurde vor dem Jahre 1985 gebildet. Im Ergebnis staatlicher und gesellschaftlicher Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, ihre Gesamtzahl zu verringern. Aufgelösten personellen Zusammenschüssen steht eine gleichgroße Anzahl neugebildeter gegenüber - so bildeten sich allein im Jahre 1988 7 Regionalgruppen des "Arbeitskreises Solidarische Kirche" sowie je 8 "Friedenskreise" bzw. "Ökologiegruppen" neu heraus.

Das Gesamtpotential dieser Zusammenschlüsse, dazu gehören auch peripher angegliederte Kräfte, die in der Regel ohne eigenständige

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
006604

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Beiträge lediglich Teilnehmer von Aktivitäten/Veranstaltungen darstellen, beträgt insgesamt ca. 2 500 Personen. (In diese Zahl nicht einbezogen sind Sympathisanten oder politisch Irregeleitete, die im Ergebnis gezielter Einwirkungen vorgenannter Kräfte - u. a. Erzeugung von sogen. Solidarisierungseffekten - häufig in deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten einbezogen werden und damit das Potential und die Wirksamkeit solcher Zusammenschlüsse beträchtlich vergrößern.) Etwa 600 Personen sind den Führungsgremien zuzuordnen, während den sogen. harten Kern eine relativ kleine Zahl fanatischer, von sogen. Sendungsbewußtsein, persönlichem Geltungsdrang und politischer Profilierungssucht getriebener, vielfach unbeliehrbarer Feinde des Sozialismus bildet. Dieser Kategorie zuzuordnen sind ca. 60 Personen, u. a. die Pfarrer EPPELMANN, TSCHICHE und WONNBERGER sowie Gerd und Ulrike POPPE, Bärbel BOHLEY und Werner FISCHER, die Personen RÜDDENKLAU, SCHULT, Dr. KLEIN und LIETZ. Sie sind die maßgeblichen Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und bestimmen mit ihren Verbindungen im Inland, in das westliche Ausland und zu antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten die konkreten Inhalte der Feindtätigkeit personeller Zusammenschlüsse und deren überregionalen Aktionsradius.

Die Zusammensetzung vorgenannter personeller Zusammenschlüsse weist ein breites Spektrum aus, das von religiös stark gebundenen bis zu auf atheistischen Positionen stehenden, zumeist jüngeren Personen reicht, die eine differenziert ausgeprägte feindliche, oppositionelle Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung besitzen. Der Großteil dieser Kräfte ist durch politisch indifferente, labile, schwankende Haltungen und Einstellungen geprägt. Sie vertreten z. T. auch "alternative" oder scheinalternativ orientierte Auffassungen, Vorstellungen, Haltungen und Lebensweisen zur sozialistischen Entwicklung. Der Anteil von Arbeitern und anderen im produktiven Bereich Tätigen ist relativ gering. Beachtlich ist dagegen der Anteil der Personen ohne Arbeitsrechtsverhältnis (12 % aller aktiven Mitglieder/Führungskräfte).

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000005

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Seit Bildung der ersten Zusammenschlüsse sind in diesen Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR integriert (ohne in den meisten Fällen die sich daraus für sie ergebenden Möglichkeiten zur Erzwingung ihrer ständigen Ausreise zu nutzen). Erkenntnisse liegen darüber vor, daß sich Jugendliche mangels gesellschaftspolitischem und erzieherischem Einfluß sowie wegen Nichtvorhandenseins ihren Vorstellungen entsprechender Betätigungsmöglichkeiten in sogen. kirchliche Basisgruppen eingliederten, ohne sich in jedem Fall mit deren Zielen vollständig zu identifizieren.

Die Mehrzahl der Führungskräfte ist im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Darunter befindet sich ein erheblicher Anteil kirchlicher Amtsträger und Mitarbeiter, von Hoch- und Fachschulabsolventen sowie promovierten Personen, die z. T. im Bereich der Kirche oder anderweitig eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit ausüben. Bei einer Reihe von Inspiratoren/Organisatoren handelt es sich um Personen, die zunächst eine kontinuierliche fachliche und politische Entwicklung genommen haben, vereinzelt auch Mitglied der SED waren, und die im Ergebnis der ideologischen und anderweitigen gegnerischen Einwirkungen sowie auch aus unterschiedlichsten, in der Persönlichkeit bzw. im gesellschaftlichen Umfeld liegenden Gründen (politische Belastungs- und Entscheidungssituationen usw.) auf feindliche, oppositionelle Positionen gerieten.

Den territorialen Schwerpunkt bildet von Anbeginn an die Hauptstadt der DDR, Berlin. Das resultiert wesentlich daraus, daß hier die Einwirkungsmöglichkeiten äußerer Feinde am direktesten und intensivsten sind, die Mehrzahl profilierte feindlicher, oppositioneller Kräfte in und um Berlin wohnhaft ist sowie die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg mit ihrer bekannten konfrontativen und auf Politisierung der religiösen Tätigkeit ausgerichteten Haltung die Herausbildung und Profilierung solcher Zusammenschlüsse begünstigt, deren Aktivitäten teilweise unterstützt und fördert.

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

SSRU
000006

6

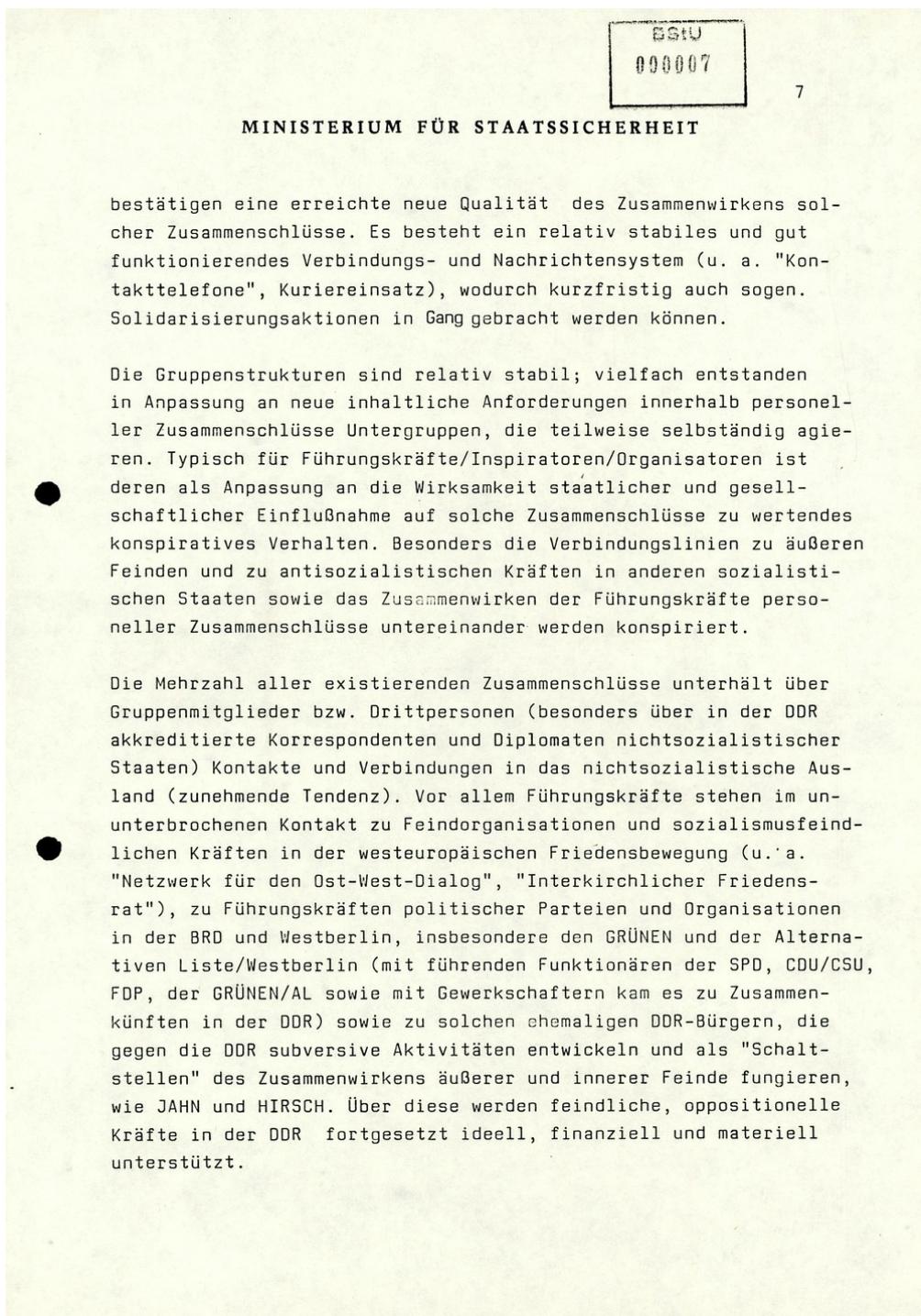
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Zu den insgesamt 19 Personenzusammenschlüssen in der Hauptstadt Berlin zählen die aktivsten und gefährlichsten in der DDR existierenden derartigen Gruppierungen und Gruppen. Ihrem Charakter nach stellen sie z. T. bereits staatsfeindliche Zusammenschlüsse dar (z. B. "Initiative Frieden und Menschenrechte"). Sie nehmen Schlüsselstellungen hinsichtlich des Zusammenwirkens mit anderen personellen Zusammenschlüssen und des Einflusses auf diese ein. Ihre Führungskräfte zählen zu den Exponenten politischer Untergrundtätigkeit (einige wurden durch gezielte internationale Popularisierungs- und Solidarisierungskampagnen zu Symbolfiguren einer sogen. inneren Opposition in der DDR hochgespielt) und wirken überörtlich als Drahtzieher und Hintermänner bei der Inspirierung und Mobilisierung feindlicher, oppositioneller Kräfte zu gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Handlungen sowie zur Vernetzung gleichgelagerter Zusammenschlüsse.

Nach der Hauptstadt Berlin stellen die Bezirke Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden, Gera und Erfurt weitere Schwerpunkte dar, wobei sich innerhalb dieser Bezirke längerfristig bestimmte Konzentrationspunkte bildeten, die mit dem Wirken einzelner Gruppen zusammenhängen, so u. a. in Zwickau, Naumburg und Wittenberg.

Der Organisationsgrad und die Kommunikationsstrukturen der existierenden Personenzusammenschlüsse sind systematisch weiter gefestigt worden. Dazu trugen eine bessere Anpassung an kirchliche Strukturen genauso bei wie regelmäßige zentrale und regionale Treffen (das jährliche zentrale Treffen von kirchlichen Basisgruppen "Konkret für den Frieden" fand 1989 bereits zum 7. Mal in Folge statt) und die Nutzung regionaler Kirchentage. Erkenntnisse zu von solchen Gruppen ausgehenden Aktivitäten im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Herstellung der antisozialistischen Schrift "Grenzfall", dem versuchten Mißbrauch der Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Jahre 1988 in Berlin und aus gleichem Anlaß 1989 in Leipzig sowie der Einmischung in staatliche Entscheidungen zu Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler



Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000008

8

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Das geschieht wesentlich durch die Popularisierung der sogen. inneren Opposition in der DDR und das Ingangsetzen von internationalen Solidarisierungsbekundungen für eine derartige "Bewegung" und für einzelne personelle Zusammenschlüsse bzw. expandierte Kräfte. Durch die Bereitstellung illegal in die DDR eingeführter Druck- und Vervielfältigungstechnik sowie weiterer, für eine moderne Informationsvermittlung/-verbreitung bedeutsamer Materialien wie Videotechnik und Heimcomputern wird es jenen Kräften in der DDR ermöglicht, eine breite Palette nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse herzustellen und zu verbreiten (u. a. ca. 25 sogen. Informationsblätter).

Besonders über ehemalige DDR-Bürger, die vordem personellen Zusammenschlüssen in der DDR angehörten, laufen die Informationen an westliche Medien, unter denen der Privatsender "Radio 100" mit seiner speziell über diese Kräfte in der DDR berichtenden Sendung "Glasnost" einen besonderen Stellenwert einnimmt. Kontakte und Verbindungen bestehen ebenfalls zu westlichen Umweltschutzorganisationen wie "Green peace".

Verbindungslien einzelner Zusammenschlüsse zu antisozialistischen Elementen in anderen sozialistischen Ländern wurden systematisch gefestigt. Sie bestehen insbesondere zu Gruppierungen und Kräften in der CSSR, der Ungarischen VR, der VR Polen und der UdSSR.

Die Durchführung von internationalen Treffen und Veranstaltungen in der CSSR, der UVR und der VRP, z. T. unter dem Aspekt des "blockübergreifenden" Zusammenwirkens mit Teilnahme sozialismusfeindlicher Kräfte aus dem westlichen Ausland durchgeführt, wirkt sich fördernd auf den Prozeß des weiteren Zusammenrückens dieser Kräfte und die Solidarisierung untereinander aus (Beispiel dafür sind u. a. die jüngsten Solidarisierungsbekundungen für Vaclav HAVEL und andere Kräfte der "Charta 77" in der CSSR). Versuche der internationalen Vernetzung stellen die von ungarischen Bürgern ausgehenden Aktivitäten dar, eine internationale Umweltorganisation sozialistischer Staaten zu bilden ("Green way").

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000009

9

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die in der DDR wirkenden feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräfte verfügen über kein einheitliches politisches Konzept bzw. über kein in sich geschlossenes "alternatives" Gesellschaftsmodell. Sie nutzen und mißbrauchen vor allem die internationale Systemauseinandersetzung um Frieden und Abrüstung, die Menschenrechtsproblematik und globale Probleme des Umweltschutzes für die inhaltliche Ausrichtung ihrer antisozialistischen Aktivitäten, für die inhaltliche und organisatorische Profilierung der personellen Zusammenschlüsse und für deren weitere Zusammenführung (Vernetzung).

Zwischen den wesentlichsten Angriffsrichtungen der ideologischen Diversion und den durch Führungskräfte propagierten aktuellen ideologischen Inhalten des Wirkens der genannten personellen Zusammenschlüsse besteht eine weitgehende Übereinstimmung. Ableitend aus sogen. Gründungserklärungen und Strategiepapieren (vergleiche Anlage), propagierten Machwerken wie der sogen. Eingabe zum XI. Parteitag der SED, dem Appell "Tschernobyl wirkt überall" oder der sogen. Willenserklärung an die Volkskammer der DDR mit Forderungen nach einer Volksabstimmung über den Umgang mit der Kernenergie, aus den Inhalten von Eingaben (zunehmende Tendenz) und sogen. Offenen Briefen an führende Funktionäre von Partei und Regierung sowie zentrale staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen der DDR, "Offenen Briefen" und Erklärungen an Politiker und Institutionen des westlichen Auslandes und der sozialistischen Staaten, sogen. gemeinsamen Erklärungen mit antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten bzw. Solidarisierungsbekundungen für diese, den Inhalten und Ergebnissen von sogen. Basistreffen und kirchlichen Veranstaltungen (u. a. Kirchentage, "Ökumenische Versammlung") sowie in anderer Art und Weise bekundeten Auffassungen und erhobenen Forderungen bilden besonders folgende antisozialistischen Inhalte/Stoßrichtungen die Schwerpunkte im Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte:

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

SSCU
000010

10

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

1. Gegen die Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gerichtete Angriffe finden ihren konzentrierten Ausdruck in Forderungen nach Änderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und nach "Erneuerung des Sozialismus". Dabei rufen sich diese Kräfte immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse und die damit verbundenen Entwicklungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern. Demagogisch werden Begriffe wie Glasnost, Demokratisierung, Dialog, Bürgerrechte, Freiheit für "Andersdenkende" oder Meinungpluralismus mißbraucht, um damit eigene politische Konzeptionen und Ziele zu bemächteln.

Kernpunkte solcher Forderungen sind Aufhebung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, Beseitigung des Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie des Sozialismus und Abschaffung von Planung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse. Erforderlich für eine "Erneuerung des Sozialismus" sei u. a. die Aufgabe des "Wahrheitsmonopols" der SED, die Durchsetzung einer "ideologischen Koexistenz" in der DDR, die Schaffung einer "pluralistischen, demokratischen und dezentralisierten Organisation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens", die Praktizierung der Dialogbereitschaft der DDR auch in der Innenpolitik mit "unabhängigen Gruppen" und "Andersdenkenden". (Letztere und weitere Forderungen weisen Übereinstimmung mit propagierten Forderungen kirchenleitender Kräfte und Gremien besonders der evangelischen Kirchen in der DDR auf.) Gerade diese Forderungen beweisen die von den Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit angestrebten Ziele, von Partei und Staat als legal wirkende sogen. unabhängige Kräfte, als Dialogpartner anerkannt zu werden und politisches Mitentscheidungsrecht zu erhalten, um so entsprechend ihren politischen Konzeptionen Einfluß auf gesellschaftliche Veränderungen in der DDR nehmen zu können. In diesem Zusammenhang wird eine Palette demagogischer Forderungen hinsichtlich der "Verwirklichung der Demokratie" erhoben ("Meinungsfreiheit", "Chancengleichheit",

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000011

11

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

"Versammlungsfreiheit", Änderung des Wahlrechts und Gewährleistung einer freien und geheimen Wahl, "Reisefreiheit", Änderung der Informationspolitik im Sinne "neuen Denkens").

2. Gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtete Angriffe konzentrieren sich unter dem Deckmantel einer "Entmilitarisierung" der Gesellschaft auf Forderungen nach Beseitigung der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung der Jugend (u. a. Unterrichtsfach Wehrerziehung), Abschaffung der Wehrpflicht, Einrichtung eines sozialen bzw. zivilen "Friedensdienstes" als gleichwertiger Ersatz für den Wehrdienst und auf Gewährung des Rechtes auf Wehrdiensttotalverweigerung aus Gewissensgründen.

3. Gegen die kommunistische Erziehung der Jugend gerichtete Angriffe beinhalten u. a. Forderungen nach Aufgabe des "Totalitätsanspruches" der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als gültige Lehre und Praxis in allen Bildungseinrichtungen sowie Abbau des "Totalitätsanspruches" gesellschaftlicher Institutionen zur politischen Erziehung. Es wird orientiert auf die Schaffung alternativer Bildungseinrichtungen und uneingeschränkte Glaubens- und Religionsfreiheit an Bildungseinrichtungen. (Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Relegation von Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow verdeutlichen die Stoßrichtung personeller Zusammenschlüsse, aktuelle Anlässe auszunutzen, breitere Personenkreise zu mobilisieren, sich neue "Diskussions- und Aktionsbereiche" zu schaffen, um mit dem Ziel Druck auf Partei und Regierung auszuüben, getroffene staatliche Entscheidungen rückgängig zu machen. Die Tatsache, daß von dieser Angelegenheit ausgehend weitere politisch-negative Aktivitäten hinsichtlich des IX. Pädagogischen Kongresses in der DDR in Vorbereitung sind - u. a. Bestrebungen zur Organisierung eines "Gegenkongresses" - bestätigen das konzeptionelle Vorgehen solcher Zusammenschlüsse und Kräfte. Das findet auch seine Bestätigung in Aktivitäten gegen die Kommunalwahlen im Mai 1989.)

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000012

12

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4. Probleme des Umweltschutzes bilden ein breites Feld zur Diskreditierung der Politik der Partei in Umweltfragen, wobei die Inhalte und Vorgehensweisen vorwiegend gegen staatliche Entscheidungen gerichtet sind und ungeachtet des Anscheins von Wissenschaftlichkeit häufig nicht den Realitäten entsprechen. Gefordert werden insbesondere die Gewährleistung ausreichender, sachgerechter und "ungeschminkter" Informationen über ökologische Zusammenhänge und Probleme in der DDR, ein öffentlicher Zugang zu entsprechenden Informationen, die Erhöhung der staatlichen Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen, die Gewährleistung internationaler Standards auch für die DDR (Beispiel: Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche) sowie die Entwicklung/Nutzung alternativer Energiequellen, um u. a. den "Ausstieg" aus der Kernenergie zu vollziehen. (Besonders die "Umweltgruppen" maßen sich an, bei den örtlichen Organen als "wahre" Interessenvertreter der Bevölkerung aufzutreten und in diesem Sinne Druck ausüben zu können. Um Wirkungen zu erzielen, konzentrieren sie sich zunehmend auf regionale bzw. örtliche Umweltschäden/-gefahren, verbreiten Halbwahrheiten und Lügen, um so das Umweltbewußtsein breiterer Teile der Bevölkerung für ihre Ziele zu mißbrauchen.)

Seit Bildung von personellen Zusammenschlüssen sind diese und insbesondere deren Führungskräfte bemüht, sowohl die verfassungsrechtlich verankerten Rechte der evangelischen Kirchen für ihre Zwecke auszunutzen und zu mißbrauchen als auch alle sich anderweitig bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Methoden zu praktizieren, um ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen und Forderungen zu artikulieren und zu popularisieren und damit eine breitere Öffentlichkeitswirksamkeit und Unterstützung zu erreichen. Dabei sind sie bestrebt, unterhalb der Schwelle einer strafrechtlichen Relevanz zu bleiben. Gezielt werden Tests zur Ausweitung des Handlungsräumes und der "Belastbarkeit" des Staates vorgenommen, wie die Durchführung vielfältigster "stiller Demonstrationen" provokatorisch-demonstrativen Charakters (als Methode

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000013

13

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

des sogen. gewaltfreien Widerstandes - u. a. Kerzenmahnwachen vor Kirchen) oder die öffentlichkeitswirksame Demonstration im Zusammenhang mit staatlichen Entscheidungen der Regierung der DDR zur Kirchenpresse (Oktober 1988) beweisen. Unter demagogischen Vorwänden wie "kritische Mitarbeit" oder "konstruktives Engagement" versuchen sie ihre zumeist lage- und anlaßbezogenen öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen Handlungen zu tarnen, wobei solche Ereignisse wie der von diesen Kräften im Rahmen des "Olof-Palme-Friedensmarsches" (1987) in der Hauptstadt Berlin durchgeführte sogen. Pilgerweg als Präzedenzfall und Beispiel hingestellt werden. Durch bewußt provozierte Konfrontation mit der sozialistischen Staatsmacht versuchen diese Kräfte immer wieder "Märtyrer" zu schaffen (u. a. EPPELMANN, BOHLEY, HIRSCH, KRAWCZYK) und für diese und die eigenen antisozialistischen Handlungen internationale Unterstützung zu erreichen.

Forderungen des Staates, den politischen Mißbrauch der Kirchen durch feindliche, oppositionelle Kräfte zu unterbinden, wurden durch kirchliche Amtsträger bisher in der Regel negiert.

(Vgl. Anlage, Punkt 1)

Diese Tatsache und die wachsende Politisierung der Tätigkeit der evangelischen Kirchen sowie das ständige Lavieren und Taktieren dieser Personen nach allen Seiten haben das Wirken von personellen Zusammenschlüssen, Gruppierungen und Gruppen unter dem Dach der Kirche wesentlich begünstigt. Von zahlreichen kirchlichen Amtsträgern werden Erscheinungen des Wirkens dieser Kräfte verharmlost und heruntergespielt, inkonsequentes und taktierendes Verhalten besonders gegen Führungskräfte praktiziert und das Wirken solcher Zusammenschlüsse im kirchlichen Raum auch künftig gewährleistet.

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000014

14

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bei Beachtung der Entwicklung und Aktivitäten in der DDR existierender personeller Zusammenschlüsse wird vorgeschlagen:

1. Unter Führung der Partei sollte durch ein noch einheitlicheres und konzeptionell gesichertes politisch-ideologisches und operatives Zusammenwirken und Vorgehen aller zuständigen staatlichen Organe und einzubeziehenden gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte der weiteren Profilierung bestehender und der Bildung neuer derartiger personeller Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen konsequent entgegengewirkt und Maßnahmen der Sicherheitsorgane zur Zersetzung und Auflösung derselben und zur Paralysierung von diesen ausgehender antizonalistischer Aktivitäten differenziert wirkungsvoll unterstützt werden.

Dazu wäre es zweckmäßig, in Verantwortung der Sekretariate der Bezirks- und Kreisleitungen der SED regelmäßig Beratungen durchzuführen, in denen die Entwicklungstendenzen und Aktivitäten derartiger personeller Zusammenschlüsse im Territorium sowie die erzielte Wirksamkeit bei der vorbeugenden Verhinderung und Zurückdrängung solcher Kräfte eingeschätzt und Schlußfolgerungen sowie konkrete Festlegungen für die Erhöhung der Wirksamkeit gesamtgesellschaftlicher Einflußnahme auf diesem Gebiet getroffen werden.

Dabei sollte schwerpunktmäßig das Vorgehen abgestimmt und festgelegt werden hinsichtlich

- des gezielten anlaß- und personenbezogenen Einsatzes staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte (bei Nutzung auch aller Formen der politischen Massenarbeit, der vielfältigen Möglichkeiten der befriedeten Parteien, besonders der CDU, und der gesellschaftlichen Organisationen) zur vorbeugenden Einschränkung und Unterbindung des Wirksamwerdens in solchen Gruppen/Zusammenschüssen agierender Personen,

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000015

15

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- der umfassenderen Unterstützung progressiver innerkirchlicher Zusammenschlüsse (u. a. Christliche Friedenskonferenz, Weißenseer Arbeitskreis, Sächsische Bruderschaft), mit dem Ziel, sie noch stärker in den Prozeß der politischen Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen Kräften einzubeziehen,
- der anzuwendenden Mittel, Methoden und taktischen Vorgehensweisen zur offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit solchen Kräften, einschließlich der Entlarvung der von diesen vertretenen Auffassungen und Positionen als antikommunistisch und der von ihnen verfolgten Zielstellungen als konterrevolutionär,
- der Zurückgewinnung politisch schwankender, irregelmäßig vorgeleiteter oder politisch mißbrauchter Personen aus solchen personellen Zusammenschüssen,
- der Feststellung und Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände im Territorium für das Wirken feindlicher, oppositioneller Kräfte und personeller Zusammenschlüsse.

Der Einsatz befähigter und erprobter gesellschaftlicher Kräfte, die über entsprechende politisch-ideologische Grundvoraussetzungen und fachspezifische Kenntnisse verfügen sowie erforderliche charakterlich-psychologische Voraussetzungen besitzen, wäre zu konzentrieren auf

- die Teilnahme an geplanten öffentlichen und kirchlichen Aktivitäten vorgenannter personeller Zusammenschlüsse u. a. mit dem Ziel der Verhinderung des politischen Mißbrauchs solcher Aktivitäten, der Schaffung eines "positiven Übergewichts" bei Veranstaltungen sowie der Unterstützung der Sicherheitsorgane bei notwendig werdenden Auflösungen von Zusammenkünften/Personenkonzentrationen,

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000016

16

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- die individuelle Betreuungstätigkeit im Sinne einer positiven politisch-ideologischen Einflußnahme gegenüber Mitgliedern solcher Zusammenschlüsse im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich,
 - ein verstärktes offensives Auftreten von Experten mit spezifischem Fachwissen während Veranstaltungen mit Beteiligung solcher Kräfte zur überzeugenden Darstellung der Politik von Partei und Regierung der DDR - auch bezogen auf regionale Probleme/Entscheidungen/Auswirkungen - und zur Widerlegung politischer sowie zur Zurückweisung sachlich falscher Auffassungen,
 - - die gezielte Nutzung der sich aus der unmittelbaren beruflichen Tätigkeit bzw. gesellschaftlichen Funktion ergebenden vielschichtigen Möglichkeiten solcher gesellschaftlichen Kräfte für die sachliche und ideologische Einwirkung auf Mitglieder derartiger personeller Zusammenschlüsse,
 - die Einwirkung auf derartige Personen ohne Arbeitsrechtsverhältnis, damit diese eine Arbeit aufnehmen,
 - die Schaffung von gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten zur Kanalisierung bestimmter Aktivitäten vorgenannter Kräfte in gesellschaftsgemäße Bahnen.
- 2. Es wird als zweckmäßig angesehen, im Rahmen der Medien- und sonstigen Öffentlichkeitsarbeit den Nachweis zu führen, daß die von personellen Zusammenschlüssen in Konzeptionen, sogen. Offenen Briefen, Eingaben, Forderungskatalogen usgl. propagierten feindlichen und oppositionellen Auffassungen in Übereinstimmung stehen mit entsprechenden ideologischen Angriffen des Gegners und auf dieser Grundlage die offensive politisch-ideologische Auseinandersetzung zu führen.
3. In Wahrung und Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit sollten gegenüber Personen in personellen Zusammenschlüssen, die durch fortgesetzte und öffentlichkeitswirksame, sicherheitspolitisch besonders bedeutsame Handlungen gegen die sozialistische

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BStU
000017

17

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Staats- und Gesellschaftsordnung in Erscheinung treten und damit in erheblichem Maße Strafrechts- und ordnungsrechtliche Normen verletzen, differenziert konsequent geeignete Sanktionen Anwendung finden. Um die damit beabsichtigte disziplinierende Wirkung zu erhöhen und mögliche Reaktionen anderer feindlicher, oppositioneller Kräfte darauf vorbeugend einzuschränken, wäre es zweckmäßig, dieses Vorgehen durch entsprechende flankierende offensive politische und ideologische Maßnahmen zu ergänzen.

4. Gegenüber Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland, die als Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und als Verbindungspersonen zu feindlichen, oppositionellen Personen und genannten personellen Zusammenschlüssen wirken, müßten auch künftig differenzierte Reisesperrmaßnahmen durchgesetzt werden.

Eine analoge Vorgehensweise wird auch gegen Führungskräfte personeller Zusammenschlüsse vorgeschlagen.

Konsequent unterbunden werden sollte die Einschleusung von Materialien und Gegenständen, die das Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte und personeller Zusammenschlüsse unterstützen sowie die illegale Ausfuhr und Verbringung solcher Materialien vorgenannter Kräfte, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden.

5. Mit dem Ziel,

- die Leitungen der evangelischen Landeskirchen in der DDR umfassender moralisch und rechtlich für innerhalb ihrer Strukturen agierende personelle Zusammenschlüsse verantwortlich zu machen,

Information Nr. 150/89 über Aktivitäten Oppositioneller und Bürgerrechtler

BSIÜ
000018

18

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- die Inhalte der Tätigkeit solcher Zusammenschlüsse durch das Wirksamwerden progressiver kirchlicher Kräfte stärker zu theologisieren und ihnen die antisozialistischen Stoßrichtungen zu nehmen,
- der vorbeugenden Verhinderung angestrebter Legalisierung solcher Zusammenschlüsse als selbständige Vereinigungen (unter Berufung auf das Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien)

sollten vorgenannte personelle Zusammenschlüsse, die innerhalb der evangelischen Landeskirchen wirken, im aktuellen Sprachgebrauch und Umgang konsequent als "kirchliche Gruppen" bezeichnet und behandelt werden.

Die Information ist nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.